



GRÜNE KONZEPTE STATT SCHWARZ-GELBER TIEFSCHLAF

Wir erleben zur Zeit eine völlig erschöpft und verbrauchte schwarz-gelbe Landesregierung. Nach 14 Jahren Koch, Bouffier und Co. sind Ermüdungserscheinungen offensichtlich. Wichtige Zukunftsprojekte für Hessen liegen brach. Schwarz-Gelb ist platt. Hessen braucht dringend frischen Wind.

GRÜNE ALTERNATIVEN

Wir haben es uns in dieser Legislaturperiode zur Aufgabe gemacht, eine konstruktive Oppositionsfraktion zu sein. Das heißt, wir haben nicht nur gemockert, sondern auch gezeigt, wie eine andere, bessere und frischere Politik aussehen kann. Wir haben Alternativen aufgezeigt zu der orientierungslosen Politik von Bouffier, Hahn und Co. Zu vielen Feldern der Landespolitik haben wir uns Gedanken gemacht und Konzepte erarbeitet: Wie ist der Stand heute? Was sind unsere Ziele? Und welche Schritte sind konkret nötig um diese Ziele zu erreichen?

GRÜNE ENERGIEWENDE

Beispiel Energiewende. Hier gilt: Nichts ist so gut wie das Original. Die Energiewende gehört in GRÜNE Hände, das können wir einfach besser. Schwarz-Gelb sah sich zwar nach der Atomkatastrophe von Fukushima gezwungen, einige Atomkraftwerke abzuschalten, aber damit ist es nicht

getan. Wir brauchen jetzt einen konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien. Unser Ziel ist ergeizig, aber mit der nötigen Entschlossenheit und



Auftakt zur Konzept-Tour 2013 im Landtag

den richtigen Konzepten können wir es erreichen: Bis 2030 soll Hessen zu 100 Prozent mit erneuerbaren Energien versorgt werden. Dabei ist uns wichtig, dass die Kommunen in die Engergiewende eingebunden werden. Das heißt, sie sollen nicht einfach nur den Weg für neue Windräder frei machen, sondern auch an den Einnahmen dieser Anlagen beteiligt werden. So wollen wir die Akzeptanz für neue Windräder erhöhen.

GRÜNE FÜR BESSERE BILDUNG

Ein weiterer Schwerpunkt dieser Konzeptarbeit war die Bildungspolitik. Zum Beispiel wollen wir für die ganz Kleinen die Kindergärten zu Bildungsgärten weiterentwickeln. Für die Grundschüler brauchen wir eine Bildungs- und Betreuungsgarantie. Es ist noch zu häufig so, dass Kinder in

einer Ganztages-Kita oder einem Kindergarten zwar den ganzen Tag versorgt sind, mit der Einschulung aber auf einmal nachmittags kein Betreuungsangebot mehr haben. Das wollen wir ändern. Eine ausführlichere Beschreibung, wie wir uns die Bildungs- und Betreuungsgarantie vorstellen, findet sich auf Seite zwei.

GRÜNE AUF KONZEPTE-TOUR

Bildung und Energie sind nur zwei Beispiele für The-

menkomplexe, zu denen wir detaillierte, durchgerechnete Konzepte erarbeitet haben. Insgesamt haben wir mittlerweile 27 Konzeptpapiere geschrieben und zur Diskussion gestellt. Zum einen mit Experten, zum anderen aber auch mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Bereits im vergangenen Sommer haben wir alle bis dahin fertigen Konzepte in ein Erdgas-betriebenes Auto geladen und in ganz Hessen vorgestellt und diskutiert. Das wiederholen wir in diesem Jahr mit der Konzept-Tour 2013 (mehr dazu unter: gruene-hessen.de/konzeptetour).

Denn auch hier unterscheiden wir uns von der schwarz-gelben Politik: Wir wollen unsere Politik nicht arrogant von oben herab verordnen. Bei uns sollen die Bürgerinnen und Bürger gehört und ernst genommen werden.

VOM 14. - 23. JUNI IST DIE FRAKTION IN DER LANDESAUSSTELLUNG AUF DEM HESSERTAG IN KASSEL. KOMMT VORBEI! ÖFFNUNGSZEITEN 10:00 - 19:00 UHR.



GUTE BILDUNG VON ANFANG AN

Betreuungssituation von Grundschulern verbessern

In Hessen herrscht bei der Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern ein großer Aufholbedarf. Mit der Einschulung ihrer Kinder müssen viele Eltern die Betreuung außerhalb der Unterrichtszeiten neu regeln. Kinder, die im Kindergarten noch den ganzen Tag versorgt waren, sind dann von einem Tag auf den anderen am Nachmittag alleine zu Hause. Derzeit sind lediglich rund ein Drittel der Grundschulen im Ganztagsschulprogramm des Landes. Und von diesen Schulen sind die allermeisten in der kleinsten Ausbaustufe, das heißt, sie haben an mindestens drei Tagen ein Angebot von sieben Stunden bis 14.30 Uhr.

Wir stellen uns für Hessen etwas anderes vor: Eine „Grüne Bildungs- und Betreuungsgarantie“ mit einer flächendeckende Betreuung von Grundschulern. In unserem Konzept „Gute Bildung und Betreuung von Anfang an“ zeigen wir, wie wir uns die Umsetzung einer solchen Betreuungsgarantie vorstellen.

GEMEINSAME LÖSUNG VON LAND UND KOMMUNEN

Wir GRÜNE fordern, das Nebeneinander verschiedener Systeme zu beenden und stattdessen eine gemeinsame Lösung des Landes mit den Kommunen anzustreben. Derzeit gibt es sowohl das kommunale Hortsystem als auch das Ganztagsschulprogramm. Beide bieten aber nicht die flächendeckende Betreuung, die wir uns vorstellen. Es ist daher dringend nötig, dass sich alle Beteiligten an einen Tisch setzen und an einer gemeinsamen Lösung arbeiten.

Unser Vorschlag sieht deshalb ein Landesprogramm „Bildungs- und Betreuungsgarantie für Grundschul-

kinder“ vor, mit dem das Land allen Grundschulen ermöglicht, in das Ganztagsschulprogramm aufgenommen



Betreuungsangebot sicher stellen

men zu werden. So würde an fünf Tagen in der Woche bis 14.30 Uhr ein Bildungs- und Betreuungsangebot gewährleistet. Im Gegenzug verpflichtet sich die Kommune, für die übrige Zeit bis 17.00 Uhr und in den Ferien ein Hort und Betreuungsangebot sicher zu stellen.

BESSERE QUALITÄT DER BETREUUNG

Neben der Betreuungsdauer muss unserer Meinung nach auch die Qualität verbessert werden. Gut qualifiziertes Personal ist eine Voraussetzung für gute frühkindliche Bildung. Aber gut qualifiziertes Personal ist rar. Wir wollen daher mit einem Sofortprogramm in Kooperation mit der Regionaldirektion, der Bundesagentur für Arbeit und den Trägern von Betreuungseinrichtungen dem aktuellen Fachkräftemangel begegnen. Ein möglicher Schritt wäre, den vielen Fachkräften, die in Teilzeit arbeiten, Anreize zu bieten, mehr Stunden zu arbeiten.

KONZEPTE FÜR HESSEN:
MIT GRÜN GEHT'S BESSER

BETREUUNG IM SINNE DER ELTERN UND KINDER

Das Bildungs- und Betreuungsangebot muss einem einheitlichen pädagogischen Konzept folgen und im Sinne der Eltern und Kinder weiterentwickelt werden. Die weitere Ausgestaltung des GRÜNEN Landesprogramms zur Bildungs- und Betreuungsgarantie orientiert sich dabei an drei Leitlinien: Das Angebot soll freiwillig, für alle verfügbar und vernetzt sein.

SOLIDE FINANZIEREN

Um die Kosten für ein umfangreiches Bildungs- und Betreuungsangebot aufzubringen, schlagen wir angesichts der leeren Kassen vor, die von uns GRÜNEN angestrebte generelle Beitragsfreiheit zunächst auszusetzen. Denn ein Angebot, das es nicht gibt, kann man weder verbessern noch beitragsfrei stellen. Wir sind sicher, dass den meisten Eltern von Grundschulkindern die Lösung ihres Betreuungsproblems wichtiger ist als die generelle Beitragsfreiheit. Allerdings setzen wir uns dafür ein, dass mehr Kommunen als bisher einkommensorientierte Gebührenstaffeln einführen. Und sozial Schwache sollen auch nach einem Umbau des Systems von den Kosten befreit bleiben.

Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, dass sich der Bund für eine gute Kinderbetreuung stärker finanziell engagiert.

Wir wollen, dass sich die Betreuung von Grundschulkindern endlich an die Lebensrealitäten der Eltern anpasst. Mit unserem Konzept zeigen wir, wie eine solche Garantie in Hessen umgesetzt werden kann.

Das gesamte Konzept gibt es unter:

<http://gruenlink.de/ho3>



ÄPPLER, APPS UND GRÜNER AUFBRUCH

Grüne Wirtschaftspolitik für Hessen

KONZEPTE FÜR HESSEN:
MIT GRÜN GEHT'S BESSER

Mit unserem neuen Wirtschaftskonzept stellen wir uns den Herausforderungen der Zukunft und zeigen Alternativen zur Wirtschaftspolitik mit dem Betonmischer auf, die von der amtierenden Landesregierung praktiziert wird. Bereits der Titel ‚Äppler, Apps und GRÜNER Aufbruch‘ macht klar: Wir wollen Tradition und Moderne genauso vereinen wie ökonomischen Erfolg mit ökologischer Vernunft.

STÄRKUNG KLEINER UND MITTLERER UNTERNEHMEN

Wir wollen alle Facetten der hessischen Wirtschaftspolitik beachten. Hessen hat besondere Stärken in der Exportwirtschaft, die Chancen des Binnenmarkts werden aber sträflich vernachlässigt, daher müssen regionale Wirtschaftskreisläufe gestärkt werden. Gleichzeitig wollen wir die ‚Leitmärkte der Zukunft‘ (Roland Berger) im Bereich der Umwelttechnologien in den Fokus der hessischen Wirtschaftsförderung rücken. Es muss Schluss sein mit der Vernachlässigung kleiner und mittelständischer Betriebe, der jungen und kreativen Unternehmen durch eine auf Wolkenkuckucks-Großprojekte wie Kassel-Calden oder Beberbeck reduzierte Wirtschaftspolitik.

Wir GRÜNE werden beispielsweise dafür sorgen, dass Zukunftsaufgaben wie die Versorgung mit leistungsfähigen Breitband-Anschlüssen nicht länger verschlafen werden. Für die Wettbewerbsfähigkeit der hessischen Unternehmen sind leistungsfähige Datenautobahnen heute wichtiger als Eröffnungen von Autobahnabschnitten oder Flughäfen, von denen keiner fliegen will.

4 SCHWERPUNKTE GRÜNER WIRTSCHAFTSPOLITIK

1. Dem Fachkräftemangel aktiv begegnen. Das geht durch einen effektiven Mix aus Investitionen in den Bildungsstandort, neue Konzepte der Frauenförderung und das positive Nutzen der Chancen, die die vielfältige Gesellschaft des 21. Jahrhunderts in ihrer ganzen Vielfalt bietet. Dazu gehört beispielsweise auch ein Mindestlohn von 8,50 Euro um insbesondere diejenigen zu schützen, die einfache Tätigkeiten verrichten.



Quelle: Tony Hegewald / pixelio.de

Mit GRÜNEN Ideen schwarze Zahlen schreiben

2. Neue Gründungsimpulse setzen und die Kultur der Selbstständigkeit stärken. Wir brauchen zielgerichtete Beratungs- und Unterstützungsmaßnahmen sowie den Abbau bürokratischer Hürden. Selbstständigkeit gilt in Deutschland nach wie vor als besonders riskant. Wir wollen gute Ideen und den Mut zur Gründung fördern und so wichtige innovative Impulse ermöglichen. Die Potenziale weiblicher Gründerinnen, von Unternehmensgründern mit Migrationshintergrund oder sozialem Unternehmertum werden durch die bisherige hessische Wirtschaftspolitik nicht genutzt.

3. Wir wollen optimale Bedingungen für Unternehmen schaffen, die in ihrer Produktion und in ihren Produkten Ressourceneffizienz und Leistungsfähigkeit verbinden. Hessens Wirtschaft ist im Besonderen durch den Bereich der chemisch-pharmazeutischen Industrie sowie die Logistik-, Automobil- und Finanzwirtschaft geprägt. All diese Bereiche bergen erhebliche Potenziale, ohne sie wird der ökologische Strukturwandel nicht gelingen.

4. Internationalität und Binnenmarkt sind für uns kein Gegensatz. Im Gegenteil: Die Krise lehrt gerade auch, wie wichtig eine Stärkung des Binnenmarkts für unser Bundesland ist. Gesellschaftliche Veränderungsprozesse wie die demografische Entwicklung und der erhebliche Mehrbedarf an qualifizierter Kinderbetreuung, aber auch ein steigendes Bewusstsein für lokal und regional erzeugte Produkte machen dies deutlich, genau wie die nötigen Investitionen zum Umbau der Industriegesellschaft hin zu Ressourcenschonung und Nachhaltigkeit.

Außerdem haben wir uns in unserem Konzept mit der öffentlichen Hand als Wirtschaftsfaktor beschäftigt. Denn es ist unabdingbar, dass der Staat als Auftraggeber auf allen Ebenen beispielgebend handelt, fairen und transparenten Wettbewerb gewährleistet und Korruption soweit irgend möglich ausschließt.

Das gesamte Konzept gibt es unter:
<http://gruenlink.de/il3>



ES DRÖHT IM RHEIN-MAIN-GEBIET

Grünes Fluglärmgutachten zeigt: Weniger Lärm ist möglich

Veränderungen? Unmöglich. So regiert Schwarz-Gelb auf die Proteste der vom Fluglärm betroffenen Bürgerinnen und Bürger.

Wir GRÜNE haben daraufhin ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben mit der Fragestellung: Was kann getan werden, um die Belastungen durch Fluglärm zu reduzieren? Das Gutachten beschreibt fünf Bereiche, in denen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger gehandelt werden könnte: Kontrolle der Auflagen des jetzigen Planfeststellungsbeschlusses, Auflagen bei Erreichen der Grenzwerte, Neubewertung der gesundheitlichen Auswirkungen, Selbstbeschränkung der Fraport und Änderung von Bundesgesetzen. Außerdem könnten sich je nach Entscheidung der Gerichte aus den weiterhin anhängigen Verfahren noch zusätzliche Möglichkeiten für mehr Schutz der fluglärmgeplagten Bewohnerinnen und Bewohner des Rhein-Main-Gebiets ergeben.

Wir sind überzeugt: Ein Nachtflugverbot zwischen 22 und 6 Uhr sowie eine verbindliche Obergrenze von Lärm und Flugbewegungen sind möglich. Daher werden wir uns weiter dafür einsetzen.

NORDWESTBAHN WAR EIN FEHLER

Es ist also nicht so, wie Schwarz-Gelb als verlängerter Arm der Luftverkehrsindustrie erklärt, dass gar keine Veränderungen am jetzigen Zustand möglich wären. Die einfachen Lösungen sind jedoch durch den von Schwarz-Gelb erlassenen Planfeststellungsbeschluss leider nicht mehr umzusetzen. Dazu kommt: Der Bau der Nordwestbahn war ein Fehler, den CDU, FDP und SPD gemeinsam begangen

haben. Diesen Fehler und damit die Nordwestbahn können wir nicht wegzaubern, aber seine Folgen abmildern. Hierfür werden wir GRÜNE weiter mit aller Kraft kämpfen.

KONTROLLE DES PLANFESTSTELLUNGSBESCHLUSSES

Wir setzen uns für eine bessere Kontrolle des bestehenden Nachtflugverbots zwischen 23 und 5 Uhr ein. Derzeit wird noch zu oft zu Gunsten der Luftverkehrswirtschaft und zu Lasten der Anwohnerinnen und Anwohner entschieden.



Das Gutachten zeigt: Man kann was tun

Bislang wenig beachtet, enthält der Planfeststellungsbeschluss auch Grenzwerte für die Lärmbelastung. Würden diese überschritten, ist die Planfeststellungsbehörde verpflichtet, Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung zu erlassen. Das könnten dann auch Einschränkungen des Flugbetriebs sein. Es gibt Anzeichen, dass der Lärm stärker ist, als bei der Planung gedacht. Durch genaue Messungen wollen wir Klarheit darüber erlangen, ob und wo die Grenzwerte erreicht wurden oder bei einer Zunahme der Flugbewegungen erreicht werden. Auch die in Erstellung befindliche NORAH-Studie zu den gesundheitlichen Auswirkungen von Verkehrslärm

könnte zu einer neuen rechtlichen Situation führen. Kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass die Lärmbelastungen durch den Flughafen in höherem Maße gesundheitsschädlich ist, als bislang angenommen, ist die Planfeststellungsbehörde verpflichtet, Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung zu ergreifen.

HÖHERE GEBÜHREN FÜR LAUTE FLUGZEUGE

Jederzeit möglich sind Initiativen der Fraport, um von sich aus auf Obergrenzen für die Flugbewegungen und die Lärmbelastung und ein erweitertes Nachtflugverbot hinzuwirken. Auch ein Wirtschaftsunternehmen trägt gesellschaftliche Verantwortung. Eine Landesregierung mit GRÜNER Beteiligung würde darauf hinwirken, dass Fraport von sich aus eine Änderung des Planfeststellungsbeschlusses beantragt. Hierdurch würden am Ende einer neuen Abwägung weitreichende Lärmschutzmaßnahmen möglich.

Hessen braucht eine Landesregierung, die nicht die Argumente der Luftverkehrswirtschaft nachplappert, sondern den Druck auf Flughafenbetreiber, Flugsicherung und Fluggesellschaften aufrecht erhält. Beispielsweise mit höheren Gebühren für laute Flugzeuge kann dafür gesorgt werden, dass sich die Verlärmung der Rhein-Main-Region nicht lohnt.

Wir haben immer wieder gezeigt, dass wir entschlossen sind zu handeln, zuletzt auf der GRÜNEN Bundesdelegiertenkonferenz. Dort haben wir dafür gesorgt, dass ein besserer Schutz vor Fluglärm im Wahlprogramm verankert.



MEHR TRANSPARENZ BEI NEBENEINKÜNFTEN

Wir haben einen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht mit dem Ziel, mehr Transparenz bei den Nebeneinkünften der Landtagsabgeordneten zu schaffen. Unser Vorschlag: Die Regeln des Deutschen Bundestages sollen auch für Hessen gelten. Das soll ab der kommenden Legislaturperiode auch umgesetzt werden. Das ist ein wichtiger Schritt zu mehr Transparenz bei den Nebeneinkünften.

BUNDESREGELUNG AUCH FÜR HESSEN

Der Geschäftsordnungsausschuss des Bundestages hat am 22. Februar 2013 mit den Stimmen von CDU und FDP beschlossen, die Angaben über die regelmäßigen monatlichen Einkünfte künftig in zehn Stufen zu veröffentli-

chen. Die weitergehenden Vorstellungen von uns GRÜNEN und der SPD scheiterten im Ausschuss an einer Blockade von Schwarz-Gelb.

AUF EURO UND CENT

Wir sind grundsätzlich für die Veröffentlichung der Einkünfte auf Euro und Cent, da dies für die Bürgerinnen und Bürger die beste Möglichkeit ist, sich über die Nebentätigkeiten der Abgeordneten zu informieren. Es ist unserer Meinung nach aber letztendlich besser, Union und FDP dazu zu bringen, einer kleinen Lösung zuzustimmen, als wie bisher gar keine Regelung zu haben.

Das aktuell geltende hessische Abgeordnetengesetz sieht keine Veröffentlichung der durch den Beruf erworbe-

nen Einkünfte der Abgeordneten vor. Das führt dazu, dass die Transparenzregelung des Landtags de facto ins Leere läuft, da berufliche Beratungsleistungen, Vorträge oder Gutachten nicht erfasst werden. Lediglich außerhalb des angegebenen Berufs erworbene Nebeneinkünfte sind anzeigepflichtig und werden veröffentlicht.

Es geht uns nicht darum, Nebentätigkeiten oder die Ausübung des Berufs neben dem Abgeordnetenmandat zu verbieten. Es geht uns vielmehr darum, dass die Wählerinnen und Wähler sich ein Bild darüber machen können, wem der Abgeordnete neben dem Mandat noch verpflichtet sein könnte oder in wessen Interessen der Abgeordnete handelt.

HESSENS BAHNHÖFE AUF DEM ABSTELLGLEIS

Bis zum 26. April waren alle Bürgerinnen und Bürger dazu aufgefordert, mit uns den unkomfortabelsten und verwahrlochtesten Bahnhof in Hessen zu finden. Zunächst musste ein Foto gemacht und anschließend der Bahnhof nach den angegebenen Kriterien bewertet werden. Hier die vier besten Einsendungen.



Darmstadt Südbahnhof



Frankfurt-Griesheim



Neu-Eichenberg



Niedernhausen



LANDESPOLIZEIBEAUFTRAGTER FÜR HESSEN

Hessen braucht umfassendes Beschwerdemanagement für die Polizei

Wir haben gemeinsam mit der SPD einen Gesetzentwurf zur Einführung eines Landespolizeibeauftragten in Hessen vorgelegt. Ziel ist es, beim Landtag eine



unabhängige Stelle zu schaffen, an die sich Polizeibeamte und Bürgerinnen und Bürger mit Anliegen und Beschwerden wenden können.

Der Landespolizeibeauftragte erfüllt somit zum einen die Funktion eines Ombudsmanns für Angehörige der Polizei, die sich wegen Problemen im innerdienstlichen Bereich oder mit der Polizeiführung an ihn wenden. Zum anderen dient er als Beschwerdestelle für die Bevölkerung im Falle polizeilichen Fehlverhaltens.

Zwischenfälle in den zurückliegenden Monaten haben deutlich gemacht, dass es auch in Hessen erforderlich ist, ein umfassendes Beschwerdemanagement

für die Polizei einzurichten. Wir sind davon überzeugt, dass die hessischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten ihren Dienst gewissenhaft und in Übereinstimmung mit Recht und Gesetz versehen. Dennoch kommt es zu Zwischenfällen, wie dem unrechtmäßigen Freiheitsentzug gegenüber mittelhessischen Aktivisten oder den Gewaltvorwürfen gegenüber der Polizei in Frankfurt und Wiesbaden Ende des vergangenen Jahres. Das zeigt: Auch im Rahmen polizeilichen Handelns

kommt es unter Umständen zu Fehlentscheidungen und Fehlverhalten.

VERTRAUEN ZWISCHEN POLIZEI UND BÜRGERN STÄRKEN

Die wiederkehrenden Vorfälle können die Politik nicht unberührt lassen. Deshalb ist es für uns vollkommen unverständlich, dass sich Schwarz-Gelb auf den Standpunkt stellt, Hessen brauche eine solche Einrichtung nicht. Wer so argumentiert, hat nicht erkannt, dass die Polizei immer wieder auf die Unterstützung der Bevölkerung angewiesen ist.

Der vorgelegte Gesetzentwurf zur Einrichtung einer Beschwerdestelle soll eine Chance eröffnen das Vertrauen zwischen den Bürgern und der Polizei wieder zu stärken.

WIE EIN BOCKIGES KIND

Schwarz-Gelb verrennt sich beim Kinderförderungsgesetz

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat ein Kinderförderungsgesetz (Kifög) vorgelegt, das wir für vollkommen unzureichend halten und das auch in weiten Teilen der hessischen Bevölkerung abgelehnt wird. Mittlerweile haben mehr als 120.000 Menschen eine Petition gegen das Gesetz unterschrieben. Und das aus gutem Grund: Mit dem Gesetz sind deutliche Verschlechterungen bei den Qualitätsstandards der Betreuung zu befürchten.

GESETZENTWURF ZURÜCKZIEHEN

Daher haben wir die Landesregierung aufgefordert, den Entwurf zurückzuziehen und neu zu verhandeln. Die wenigen Veränderungen, die die Landesregierung auf die laute Kritik hin

vorgenommen hat, ändern nichts an der grundsätzlichen Unzulänglichkeit des Gesetzentwurfs. Sie sind höchstens erste kleine Schritte auf dem Weg zu der Erkenntnis, dass man sich total verrannt hat. Statt sich aber der Diskussion zu stellen und eine Neuverhandlung mit allen Beteiligten einzuleiten, stellt Schwarz-Gelb lieber auf stur und will das mangelhafte Gesetz auf Biegen und Brechen durchs Parlament drücken.

KEIN MITTAGESSEN IN DER KITA?

An einigen Stellen wurde der Gesetzentwurf vor der zweiten Lesung sogar noch einmal in fast schon aberwitziger Weise verschlimmbessert. So sollte es beispielsweise den Kommunen freigestellt werden, ob die Kindertages-

stätten, die länger als sechs Stunden am Tag betreuen, ein Mittagessen anbieten müssen oder nicht. Der darauf folgende öffentliche Aufschrei zwang Schwarz-Gelb wieder einmal zurückzurudern, ohne jedoch den verfehlten Entwurf endlich endgültig fallen zu lassen.

Die einzige vernünftige Änderung zwischen erster Lesung und zweiter Lesung war, dass der Unfug, fachfremdes Personal in Kindergärten zuzulassen, aus dem Entwurf gestrichen wurde. Dieser Schritt war überfällig, denn die Anforderungen an die Erzieherinnen und Erzieher in Kitas erfordern mehr Qualifikation und nicht weniger. Zumindes hier hat die Landesregierung auf den lautstarken Protest gehört. Insgesamt gilt aber immer noch: Murks bleibt Murks.



BIBLISSTILLEGUNG: DÜMMSTMÖGLICHE UMSETZUNG

In einer Sondersitzung des Umweltausschusses im Landtag wurde die Unfähigkeit der verbrauchten und erschöpften schwarz-gelben Landesregierung bei der zeitweisen Stilllegung des Atomkraftwerks Biblis noch einmal deutlich. Die nun vorliegende Urteilsbegründung des Verwaltungsgerichtshofes ist ein Dokument des Scheiterns der Atompolitik von CDU und FDP.

WEITERE NIEDERLAGE

Nach dem Atomunglück von Fukushima erließ Schwarz-Gelb eine Stilllegungsverfügung für das Atomkraftwerk Biblis, deren Unrechtmäßigkeit nun nach einer Klage von RWE vom Verwaltungsgerichtshof festgestellt worden ist. Das Gericht kritisiert, dass die Landesregierung ihren Ermes-



sensspielraum nicht ausgenutzt und RWE vor dem Erlass der Verfügung nicht angehört habe. Falls RWE nun auf Schadensersatz klagt, wozu der Konzern seinen Aktionären gegenüber wohl verpflichtet ist, könnte die schwarz-gelbe Stümperei das Land Hessen wieder einmal hunderte Millionen Euro kosten.

Damit droht das Land Opfer des Fluchs der bösen schwarz-gelben Tat zu werden. Hätte Schwarz-Gelb den

rot-grünen Atom-Konsens nicht aufgekündigt und die Laufzeiten der Atomkraftwerke nicht im Jahr 2010 verlängert, wären Biblis A und B im März 2011 dauerhaft, rechtssicher und endgültig abgeschaltet gewesen.

PUTTRICHS VERSAGEN

Die Art und Weise wie die Landesregierung die atompolitische Kehrtwende nach Fukushima vollzogen hat, zeugt davon, dass sie nicht aus Überzeugung und Einsicht handelte. Sie hätte die Schrottreaktoren gerne weiterlaufen lassen und sah sich nur aus Angst vor den Wählerinnen und Wählern gezwungen sie abzuschalten. Umweltministerin Puttrich (CDU) hätte für eine rechtssichere und fehlerfreie Stilllegung sorgen müssen. Dabei hat sie auf ganzer Linie versagt.

LANDESSCHULAMT OHNE SINN UND ZWECK

Vier Monate nach der Einrichtung des Landesschulamts scheinen sich unsere schlimmsten Befürchtungen nicht nur zu bewahrheiten, sie werden sogar noch übertroffen. Das neu geschaffene Amt ist vor allen Dingen mit sich selbst beschäftigt und selbst die Landesregierung hat keine Ahnung, welchen Sinn und Zweck die



Schema des Landesschulamts

neue Monsterbehörde erfüllen soll. Dieser Eindruck wurde nun vom Verwaltungsgericht Wiesbaden auch noch richterlich bestätigt. Es sei „völlig unklar, welche Aufgabe das Lan-

desschulamts und das dortige Personal eigentlich wahrnehmen soll“ und es herrsche ein „Organisationschaos“, urteilten die Richter. Zudem ist das Gesetz zur Schaffung des Landesschulamts auch noch derart stümperhaft formuliert, dass Schwarz-Gelb die nächste Schlappe vor Gericht hinnehmen musste.

Kultusministerin Beer versteckt sich weiter hinter leeren Phrasen wenn sie den Sinn des Amtes erläutern soll und es drängt sich der Eindruck auf, dass hier vornehmlich schnell noch ein paar Posten für verdiente Parteigänger geschaffen werden sollten.

ABSEHBAR ÜBERFLÜSSIG

Schon in den Anhörungen zu den Plänen der Landesregierung im Schulausschuss war das Urteil der Experten eindeutig: Niemand will die Monster-

behörde und niemand braucht sie. Schwarz-Gelb verfuhr jedoch nach dem mittlerweile altbekannten Muster, ignorierte Gutachten und Expertisen und schuf sie trotzdem.

Nun tauchen wöchentlich neue Meldungen auf, die das schwarz-gelbe Projekt in einem zweifelhaften Licht erscheinen lassen. In einer offiziellen Einladung warb eine Mitarbeiterin für ihr eigenes Buch und im Ausschreibungstext für das Präsidentenamt wird nach einer Person mit „Affinität zu Fragen des Bildungswesens“ gesucht. Das Amt leistet keinen Beitrag dazu, die pädagogische Arbeit der Schulen zu unterstützen sondern sorgt nur für Unruhe und es ist auch nicht zu erkennen wie sich dies in absehbarer Zeit ändern soll. Es steht damit sinnbildlich für eine erschöpfte und verbrauchte Landesregierung.



DER TAXISTAND VON KASSEL-CALDEN

Am 4. April hat die Landesregierung stolz die pünktliche Eröffnung des Regionalflughafens Kassel-Calden verkündet. Dabei gibt es anlässlich der Fertigstellung dieses sinnlosen und überkauften schwarz-gelben Projekts rein gar nichts zu feiern. Gleich der erste reguläre Flug wurde aufgrund von Passagiermangel nach Paderborn verlegt. Die sage und schreibe 6 Passagiere wurden per Taxi zum Nachbarflughafen chauffiert - symbolträchtiger kann

man kaum darstellen, wie überflüssig der neue Flughafen ist. Seitdem folgen in immer kürzeren Abständen weitere Hiobsbotschaften wie die Streichung von Linienflügen. Nach den neuesten Prognosen des Aufsichtsrates soll sich der Flughafen nicht ab 2018, wie ursprünglich angekündigt, und auch nicht ab 2020, wie es später hieß, sondern erst ab 2023 selbst finanzieren können. Ob dies wirklich gelingt steht in den Sternen. Mindestens 10 Jahre lang werden den 271 Millionen Euro, die schon der Bau des Regionalflughafens verschlungen hat, weitere Millio-

nen nachgeschossen werden müssen, um den Betrieb oder nicht-Betrieb des



Rainer Sturm / Pixelio.de

Und gleich kommt das Taxi?!

Flughafens zu finanzieren. Diese Entwicklung war vorhersehbar und wir GRÜNE haben seit Beginn davor gewarnt. Leider scheinen sich unsere Befürchtungen nun zu bestätigen.

DAS ABSEHBARE DESASTER

Im Januar 2002, ein Jahr nachdem FDP-Verkehrsminister Dieter Posch die Ausbaupläne der Regierung bekannt gegeben hatte, legte Professor i. R. Hartmut Bossel ein wissenschaftliches Gutachten vor, das den Bedarf für den Flughafenneubau bezweifelte und den zu erwartenden Verlauf des

unsinnigen Projekts präzise prognostizierte. Mit Paderborn und Hannover liegen zwei Flughäfen in der Umgebung und auch Frankfurt ist per ICE schnell zu erreichen. Schwarz-Gelb ließ sich durch harte Fakten aber nicht beirren und richtete sehenden Auges das nächste infrastrukturelle Desaster an, für das die hessischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zur Kasse gebeten werden.

MILLIONENGRAB

Der Regionalflughafen Kassel-Calden ist das erwartete Millionengrab geworden und wir erwarten nun von der Landesregierung monatliche Berichte über die Auslastung und die Kosten damit die Geldverschwendung möglichst bald ein Ende hat und die finanziellen Ressourcen stattdessen in eine zeitgemäße und zukunftsfähige Infrastruktur fließen können, die Hessen wirklich voranbringt, wie zum Beispiel den Breitbandausbau im ländlichen Raum.

KURZ NOTIERT

ARBEITSBEDINGUNGEN BEI AMAZON

Wir fordern vom Landtag ein deutliches Zeichen gegen die bekannt gewordene Missstände bei Amazon. In Bad Hersfeld wurden Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter unter Vortäuschung falscher Tatsachen ins Land geholt, ihre Situation ausgenutzt und sie überdies auch noch von Angestellten eines Sicherheitsdienstes mit rechtsextremem Einschlag überwacht und drangsaliert. Da Leiharbeit immer häufiger missbraucht wird um Lohndumping zu betreiben und Standards zu senken fordern wir hier klar verbesserte Regelungen. Wir wollen, dass Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter nach einer Probezeit die gleichen Rechte erhalten wie die Stammebelegschaft.

NSU-NETZWERK IN HESSISCHEN GEFÄNGNISSEN

Nach dem Versagen zahlreicher Staatsorgane bei den Ermittlungen zu der schrecklichen Mordserie des NSU ist es beim hessischen Verfassungsschutz wieder zu einer schweren Panne gekommen im Zusammenhang mit rechtsextremen Gruppierungen rund um den NSU. So konnte ein rechtsextremes Netzwerk in hessischen Gefängnissen problemlos eine Anzeige in der Zeitschrift „Bikers News“ schalten, ohne, dass der Verfassungsschutz dies bemerkt hätte. Anzulasten ist dieses erneute Versagen der Sicherheitsbehörden Innenminister RHein und Justizminister Hahn, die das Thema Neonazis im Strafvollzug trotz Hinweisen und Anfragen geflissentlicht ignoriert haben. Wir fordern, dass die Sicherheitsbehörden jeder Spur der Gründung oder des Agierens von

Neo-Nazi-Netzwerken konsequent nachgehen.

IMPRESSUM

Herausgeberin

Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
Tel.: 0611/350 582

V.i.S.d.P.

Mathias Wagner
Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion & Layout: Till Haupt, Paul Lassay, Sebastian Wanner

Fotos: Eigene, pixelio.de

Druck: Mai 2013